

stimmungen des Vertrages von 1839 durchzuführen, der Belgien und Holland in zwei Staaten zerriß. Es soll nun ein neuer Vertrag geschlossen werden, in dem sich Holland mit der Aufhebung der Neutralität Belgiens über die Schelde zu verstehen. Verbunden sollen damit jene erwähnten Kanalbauten werden, an denen auch Deutschland noch insofern beteiligt ist, als es nach dem Versailler Vertrag verpflichtet wurde, den auf deutschem Gebiet liegenden Teil eines Kanalbaues in Antwerpen ohne Entschädigung durchzuführen. Die holländische Regierung soll im Vertrag ihre Zustimmung zur Kanalführung über niederländisches Gebiet geben. Das letzte Drittel der Trasse wird von Belgien selbst zu bezahlen sein. Die zweite Kammer der Niederlande hat, wenn auch mit geringer Mehrheit, den Abmachungen bereits zugestimmt. Die Entscheidung der ersten Kammer steht noch aus. Die Belgier versuchen, auf die Holländer, die ihrerseits die Erhaltung des seit 1839 bestehenden Zustandes wünschen, dadurch zu drücken, daß sie erklären, sie würden im Falle einer Ablehnung die sofortige Internationalisierung der Schelde verlangen.

Wenn es nun für Holland in beiden Fällen nicht mehr möglich ist, Kriegsschiffen aller Nationen in Kriegszeiten die Schelde zu schließen, worauf die englische Diplomatie hinarbeitet, so würde damit in Wirklichkeit auch die holländische Neutralität stets bedroht sein. Da anscheinend der Kanal ohne jede Schleiße gebaut werden soll, würde auch für Kriegsschiffe mit kleinerem Tiefgang der Weg bis ins Herz der deutschen Industriezentren geöffnet werden. Es ist ganz gleich, ob das belgische, französische, englische oder andere Kriegsschiffe sind, allein die Tatsache der Möglichkeit einer deutschen Bedrohung muß erwähnt werden, um ein abgeschlossenes Bild von dem zu geben, was sich in deutschen Kreisen vorbereitet. In Wirklichkeit ist es natürlich das seegewaltige England, das den Rhein völlig beherrschen will, weil auch die Briten nicht wissen, wie sich die Zukunft ihr Verhältnis zu Frankreich gestalten wird. Für Deutschland ist die Lage völlig unerträglich, da wir uns nach der Entwarnung weder auf dem Meere noch zu Lande einem Angriff widersetzen könnten. Sache der deutschen Regierung muß es sein, immer wieder der Entente gegenüber zu betonen, daß die deutsche Entwarnung nur dann ertragbar ist, wenn auch die anderen Staaten gemäß den Bestimmungen des Versailler Vertrages abrüsteten. Sonst muß die Entwarnungsbestimmung fallen. Sp.

Vertilgung und sächsische Angelegenheiten.

Pulsnitz. (Die Gewinnlisten) der 11. Heimauf-Lotterie sind eingetroffen und liegen im Geschäft des Herrn Max Greubig zur Einsichtnahme aus.

— (Ist eine Dienstmütze Uniform?) Auf einer reichlich belebten Landstraße stand ein Polizeibeamter als Verkehrsschlichter und regelte nach Vorschrift Tempo und Fahrt der hin und her rollenden Gefährte. Plötzlich fiel ihm auf, daß ein Auto sich seinen Weisungen nicht fügte, sondern, als sei er gar nicht vorhanden, an ihm vorbeifuhr. Er hielt ein Strafmandat. Dagegen wurde Einspruch erhoben, weil der Chauffeur aussetzte, er habe sich absichtlich nicht um den Schutzmantel gekümmert, weil er keine Uniform, sondern nur einen Zivilanzug mit einer Dienstmütze getragen habe. Das Gericht entschied jedoch, daß eine Dienstmütze allein schon genüge, und daß einem Polizisten, der dadurch gekennzeichnet sei, Folge geleistet werden müsse. Was hierdurch allen Automobilbesitzern und Chauffeuren zur Kenntnis gebracht sei.

— (Warnung vor einem Betrüger.) Das Kriminalamt Dresden teilt mit: Seit einiger Zeit tritt in den verschiedensten Gegenden Sachsens, u. a. auch in Dresden, ein Betrüger auf, der sich als Gutsbesitzersohn, als Gutsverwalter oder Scholar eines in der Umgebung liegenden größeren Gutes ausgibt und bei Handwerkern größere Bestellungen für Neuanschaffungen oder Reparaturen macht. Gesprächsweise erwähnt er dann, daß er Gänse, Wild oder Schinken zu billigen Preisen abgeben könne. Hierbei ist es ihm nur um eine Anzahlung oder um die Vorausbezahlung der versprochenen Lebensmittel zu tun. Nach Empfang des Geldes verschwindet er und seine Aufträge erweisen sich als fingiert. Der Betrüger, der in Dresden mit einem Motorrad aufgetreten ist, erweckt den Eindruck, als stamme er aus besserer Familie und nach Art seines Auftretens scheint er auch bessere Schulbildung genossen zu haben. Bei erneutem Auftreten des Schwindlers wolle man in geeigneter Weise die Polizei verständigen und seine Festnahme veranlassen.

— (Wer kann Angaben machen!) Am 28. Februar 1927, zwischen 1/9—10 Uhr abends ist auf der Landstraße Dresden—Bauzen, zwischen Weißig und Fischbach, ein Personauto der Reichwehr infolge Anfahrens an einen Baum schwer beschädigt und der Fahrer dabei erheblich verletzt worden. Während letzterer abtransportiert wurde, sind aus dem unbeaufsichtigt gebliebenen Auto eine Lichtmaschine, Fabrikat Bosch Nummer 52455, ein Boshorn und eine Uhr mit Sekundenzeiger im Messinggehäuse sowie verschiedene Werkzeuge im Werte von 800 Mark gestohlen worden. Des Diebstahls dringend verdächtig sind die Insassen eines großen, mit grauer Plane und Anhängewagen versehenen Lastkraftwagens, der aus Görlitz stammen soll und unweit der Unfallstelle gehalten hat. Das Landeskriminalamt erbittet Mitteilungen über den Eigentümer des Lastkraftwagens und den Verbleib der gestohlenen Sachen.

— (Auto-Gesellschaftsfahrten nach Süddeutschland, der Schweiz, Tirol und Südtirol 6, 14 und 16 Tage) veranstalten für Deutsche und Skandinavien in Verfolg ihrer kulturellen Bestrebungen auch in diesem Sommer wieder die Deutsch-Nordischen Verkehrs-Gesellschaft m. b. H., Abt. Berlin übertragene ist, beginnen in Eisenach und führen durch die landschaftlich schönsten Teile Süddeutschlands, durch die romantischen Städte und Dörfer Schwabens und Frankens nach der Schweiz (Werner Ober-

Monaten zurückgezogen. Der Bahnschutz steht ausschließlich unter der Autorität der Regierungskommission des Saargebietes und ist ihr verantwortlich. Das Eisenbahnschutzkorps übt seine Funktionen gegenüber der zivilen Bevölkerung nur in außergewöhnlichen Fällen aus. Die Gesamtzahl von 800 Mann für das Bahnschutzkorps bedeutet ein Maximum. Die Regierungskommission des Saargebietes ist aufgefordert, in die Prüfung einer Herabsetzung dieser Zahl einzutreten und die hierfür notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, ohne hierüber weiter dem Völkerbundrat Bericht erstatten zu müssen.

Nach einem Besuch Dr. Stresemanns bei dem incognito in Genf weilenden tschechischen Präsidenten Masaryk verließ die deutsche Delegation am Sonntag Genf. Der Termin der nächsten Ratssitzung ist noch nicht festgesetzt worden. Die Luftfahrtfrage wurde auf Juni vertagt.

Brauns über „Wege zur Volksfreiheit“

Röln, 14. März. In einer Rundgebung des Volksvereins für das katholische Deutschland sprach am gestrigen Sonntag abend Reichsarbeitsminister Brauns über das Thema „Wege zur Volksfreiheit“. Mangel an politischem Denken und moralischer Tiefstand in unserem Volke seien die tiefen Gründe für das Fehlen der Volksgemeinschaft. Zu den Faktoren, die berufen seien, die Gegensätze im deutschen Volke zu überbrücken, gehörten in erster Linie die Wissenschaft und Forschung. Als zweiter Weg sei die soziale Verständigung anzusehen. Die soziale Gesetzgebung dürfe sich nicht, wie es vor dem Kriege der Fall war, nur auf Arbeitnehmer in der Industrie und im Handwerk beschränken, sondern sie müsse ausnahmslos alle Berufe umfassen, insbesondere auch die landwirtschaftlichen Arbeiter. Aufgabe der nächsten Zukunft sei es, dafür zu sorgen, daß weniger die notwendigen materiellen Bedürfnisse zum Gegenstand der sozialen Gesetzgebung gemacht werden, als vielmehr die kulturellen Bedürfnisse der Arbeitnehmerschaft. Der Minister sprach die Hoffnung aus, daß die neue Arbeitszeitgesetzgebung gerade nach dieser Richtung hin beträchtliche Fortschritte bringen werde. Voraussetzung sei allerdings, daß auch der Arbeiter selbst darauf bedacht sei, für seine kulturellen Bedürfnisse mehr als bisher zu sorgen. Der Minister erklärte, daß auch die in der Weimarer Verfassung beibehaltenen unglücklichen Gliederung des Deutschen Reiches in Einzelstaaten die Volksgemeinschaft schädige und direkt staatsgefährlich sei. Als Minister halte er es für seine Pflicht, auf die Gefährlichkeit dieses Zustandes hinzuweisen und das politische Gewissen der verantwortlichen Stellen zu wecken. Auch der häufige Regierungswechsel wirke nur hemmend auf die Förderung des Staatswohls. Eine demokratische Verwaltung, so schloß der Minister

land und Tirol (bis Meran). Die ganze Reise wird in erstklassigen Automobilen zurückgelegt, die mit Rücksicht auf die Bequemlichkeit der Reiseteilnehmer nur zu zwei Dritteln der vorhandenen Sitzplätze ausgenutzt werden. Unterkunft und Verpflegung sind erstklassig. Die Preise sind im Hinblick auf die Leistungen äußerst niedrig gehalten. Näheres durch die Nordische Verkehrs-Gesellschaft Abt. Berlin, Berlin-Halensee, Eisenbahnstr. 64.

— (Gezellige Feiertage in Sachsen.) Da über die Zahl der in Sachsen gesetzlich festgelegten Feiertage immer noch Unklarheit zu bestehen scheint, wird an dieser Stelle darauf hingewiesen, daß neben den beiden politischen Feiertagen (1. Mai und 9. November) im Freistaat Sachsen 3. Et. noch folgende Feiertage staatlich anerkannt sind: Neujahrstag, Karfreitag, Ostermontag, Himmelfahrt, Pfingstmontag, Reformationsfest, der allgemeine Bußtag (16. November) und die beiden Weihnachtstage.

Wohlfahrtsbriefmarken-Werbewoche

14. bis 20 März 1927

— (Nachahmungen von Reichsbanknoten), sogenannte Blüten, sind in letzter Zeit wiederholt zu Werbezwecken verbreitet worden. Trotz den vorhandenen Abweichungen zeigen diese Blüten, besonders wenn sie zusammengefaßt sind, eine derartige Ähnlichkeit mit den echten Noten, daß es in einer Reihe von Fällen Betrügern gelungen ist, sie zu Zahlungen zu verwenden. Nach Paragraf 360, Ziffer 6 des Strafgesetzbuches ist die Anfertigung und Verbreitung von Warenempfehlungskarten, Ankündigungen oder anderen Drucksachen oder Abbildungen, die in der Form oder Verzierung dem Papiergelde ähnlich sind, strafbar. Das Reichsbankdirektorium warnt daher vor der Anfertigung, Verbreitung und gleichzeitiger auch vor der Annahme solcher Blüten.

— (Münzprägungen in Sachsen.) Wie uns aus Dresden gemeldet wird, wurden im Februar in der sächsischen Münze in Muldenhütten nur Zweimarkstücke im Betrag von 345 000 RM geprägt. Auch in den anderen deutschen Münzen wurden nur Ein- und Zweimarkstücke, dagegen keine Drei- und Fünfmarsstücke und auch keine Pfennigmünzen geprägt.

Kamenz. (Wiedersehen ehemaliger 178er.) Anlässlich der 30-jährigen Wiederkehr des Tages des Einzuges des 178. Regiments in Kamenz findet hier am Sonntag abend, den 2. April eine Zusammenkunft ehemaliger 178er im Fremdenhof Stadt Dresden in Kamenz statt.

Kamenz. (Das städtische Wohnungsbauprogramm sieht den Bau eines Sechsfamilienhauses für Kinderreiche vor. Nach Abzug der dafür erforderlichen Summe stehen für sonstige Bauten (Privatbauten) noch 240 000 M zur Verfügung mit deren Hilfe mindestens 39 Wohnungen erstellt werden können. 1926/27 sind 53 Wohnungen geschaffen worden.

seine Ausführungen, die ehrlich und mit gutem Willen eine Volksgemeinschaft erstrebe, müsse alle Kräfte, die sich zu ihr belennen zur Mitarbeit zulassen.

Pariser Stimmen zum Ergebnis von Genf

Paris, 13. März. Die Sonntagspresse widmet dem gestrigen Schlußtag der Genfer Ratstagung lange Betrachtungen. Die der Regierung nahe stehende Presse und die gemäßigten und linksblättrigen heben die Atmosphäre der Entspannung und des allseitigen Willens hervor, die Rechte läßt es nicht an Angriffen gegen Briand fehlen. Der „Temps“ hebt den militärischen und interalliierten Charakter der Eisenbahnschutztruppe des Saargebietes hervor und mißt der deutsch-polnischen Entspannung große Bedeutung bei. Das rechts stehende „Journal des Debats“ erklärt, der Abmarsch der französischen Truppen im Juni und die Zusicherung, daß die Schutztruppe nur in außergewöhnlichen Fällen eingreifen würde, seien als Erfolge Dr. Stresemanns zu buchen. Das Blatt empfiehlt die Wiederherstellung einer französisch-englischen Politik angesichts der Verträge zwischen Deutschland und Rußland. Im „Echo de Paris“ erklärt Bertinaz, die Regelung der Saarfrage zeige die Entkräftung der französischen Politik.

London zum Genfer Ergebnis

London, 13. März. Als eines der besten Ergebnisse der diesmaligen Verhandlungen der Genfer Ratstagung, die im übrigen in England nicht übermäßig großes Interesse fanden, wird hier die Tatsache bezeichnet, daß zwischen Deutschland und Polen eine Einigung zu verzeichnen sei, die die Wiederaufnahme neuer Handelsvertragsverhandlungen beider Länder ermögliche. Die Tatsache, daß sich Chamberlain um eine deutsch-polnische Verständigung bemühte, ist in England niemals abgestritten worden, wurde vielmehr gerade als Beweis dafür angeführt, daß die englische Politik eine allgemeine Verständigung anstrebe. Die Schwierigkeiten mit Rußland, so erklärt man hier, seien nicht aus vorher genau berechneter diplomatischer Taktik Rußlands entstanden, sondern seien nur die Widerpiegelung eines direkten und offenen Gegensatzes zwischen Rußland und Großbritannien im fernem Osten.

Volkswirtschaftliche Propaganda auch in Italien.

Rom. In Livorno ist eine kommunistische Versuchswerbung aufgedeckt worden. 83 Personen, die beschuldigt werden, an den antisozialistischen Umtrieben beteiligt gewesen zu sein, sind verhaftet worden. Ein Lager an Munition und Gewehren konnte beschlagnahmt werden. Eine ganze Reihe der verhafteten Kommunisten war im Besitz von russischem Geld.

— (Auf der Kreishauptmannschaft Bauzen) fand am Freitag vormittag eine Besprechung zwischen Vertretern dieser Behörde und den Obermeistern der Friseurinnungen zu Baunzen, Kamenz, Bischofswerda, Zittau, Neugersdorf und Löbau statt, welcher auch der Syndikus der Gewerbestammer, der Vorsitzende des Interessentenverbandes der Friseur in der Kreishauptmannschaft, Vertreter der Gewerkschaft und des Gewerbeaufsichtsamtes bewohnten. Es handelte sich um Entgegennahme der Wünsche der Friseur, die sich auf die Arbeit an den geschäftsfreien Sonntagen, auf die Arbeit an mehreren hintereinander liegenden Sonn- und Festtagen und auf die Arbeit bei den Bahnhofsfreure an Sonn- und Festtagen bezogen. Die Aussprache war eine sehr rege, so daß die ganze Verhandlung 4 Stunden Zeit beanspruchte. Die Wünsche der Friseur wurden formuliert und sollen dem Ministerium zur Entscheidung unterbreitet werden.

Bauzen. (Kreiswahl.) Die Kreiswahl im Stadtkreis Zittau und Bauzen hat ergeben, daß als ordentlicher Vertreter Oberbürgermeister Zwingenberg, Zittau, und als sein Stellvertreter Oberbürgermeister Niedner, Bauzen, auf 2 Jahre gewählt worden sind.

— (Besprechung der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft.) Seit dem 8. März findet in Dresden im Sitzungssaal der ehemaligen ersten Ständekammer im Landtagsgebäude die 9. Güterzugsfahrplanbesprechung der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft statt. Auf diesen Besprechungen, die im Jahre zweimal abgehalten werden, werden die für das deutsche Wirtschaftsleben überaus bedeutungsvollen durchgehenden Güterzugsverbindungen innerhalb des Deutschen Reichs und nach dem Auslande beraten und festgelegt. Ihren Niederschlag finden dann die Beratungen im Deutschen Güterzugbuch. Daneben werden noch Fragen allgemeiner Natur für den Güterzugsdienst, der das finanzielle Rückgrat der Wirtschaft der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft bildet, behandelt.

Pirna. (Tagung des Verbandes Sächsischer Polizeibeamter.) An der Tagung des Verbandes Sächsischer Polizeibeamter, die am Freitag in Pirna begann, nahm u. a. auch der neue Minister des Innern Dr. Apelt teil. In seiner Begrüßungsansprache erklärte er, er werde stets nach besten Kräften bemüht sein, vertrauensvolle Beziehungen zu den Beamten herzustellen. Einige Abgeordnete der Linksparteien, darunter Sievert (Rom.) Lipinski und Menke (Linkssoz.) benutzten die Gelegenheit, um für ihre Parteien unter den Beamten zu werben. Der Sachgruppenvorsitzende der Landespolizei Stephan hielt einen Vortrag über das neue Polizeibeamtenrecht und die Umorganisation der Polizei. Er kritisierte einzelne Bestimmungen des kommenden Polizeibeamtengesetzes. Die vorgesehene Befoldungsmahnahmen seien nicht geeignet, den Eintritt in die Polizei verlockend erscheinen zu lassen. Der Aufstieg zum Offizier müsse auch Mannschaften ohne höhere Schulbildung ermöglicht werden. Es wurde eine Entschließung angenommen, in der u. a. gefordert wird, daß der Neugestaltung des Beamtenrechtes für die Landespolizei keine Angliederung sondern eine vollständige Ueberführung der Landespolizeibeamten in das allgemeine Beamtenrecht von 1835 und alle zugehörigen Ergänzungen stattfinden, eine Herabsetzung des Pensions-

